



## „Kampf gegen die Armut“?

### Eine Bilanz des Weltsozialgipfels in Kopenhagen

**Mathias Berner**

**N**icht weniger als anderthalb Jahre haben RegierungsvertreterInnen, UN-Beauftragte und VertreterInnen nichtstaatlicher Organisationen vor und zuletzt im März 1995 auf dem Weltsozialgipfel darum gerungen, Konzepte zur weltweiten Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit und sozialer Ungleichheit zu erarbeiten. Die Bewertung der Ergebnisse des Gipfels fiel unterschiedlich aus: Während die *FAZ* vom „Unsinn der grassierenden Gipfellei“ schrieb und als einzig sinnvolles Rezept die Öffnung der westlichen Märkte für die Produkte der Dritten Welt empfahl, gaben sich die in Kopenhagen auf einer bunten Gegenkonferenz vertretenen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in ihrer Alternativerklärung skeptisch: „Zwar wurden Fortschritte in der Diskussion kritischer Punkte im Verhandlungsprozeß des Gipfels erzielt – aller-

dings glauben wir, daß der wirtschaftliche Rahmen, von dem das Dokument ausgeht, im Widerspruch mit den Zielen einer gerechten und dauerhaften Entwicklung steht.“

Wer sich die Mühe macht, die „Erklärung“ und das „Aktionsprogramm“ von Kopenhagen etwas genauer anzuschauen, wird feststellen, daß die in den letzten Jahren immer salonfähiger gewordenen neo-liberalen Glaubensbekenntnisse zumindest auf UNO-Ebene unter Legitimationsdruck zu geraten scheinen. Durch die Texte zieht sich wie ein roter Faden der Gedanke, daß marktorientierte Wirtschaftspolitik nur erfolgreich sein kann, wenn sie als Einheit mit Sozialpolitik gesehen wird. Diese Gedanken sind nicht neu – sie gehören zum Konzept der sozialen Marktwirtschaft. Neu ist, daß die Staatengemeinschaft sich darum bemüht, die *internationale* Wirtschaftsordnung so-

zialpolitisch einzubetten. Ein erstaunlicher Befund, war doch der konservative „roll-back“ mit seinem grenzenlosen Vertrauen in die heilenden Kräfte des freien Marktes in den Ländern des Nordens zuletzt so erfolgreich.

Dieser Widerspruch erscheint in einem anderen Licht, wenn man das Kopenhagener „Aktionsprogramm“ auch als Versuch der Industriestaaten deutet, den „größten Risikofaktor für den Weltfrieden“ (*SPIEGEL*), die globale soziale Frage, zu entschärfen.

#### *Schwierigkeiten der Entwicklungspolitik*

Ob die nationalen Entwicklungspolitiken, die das Kopenhagener Vorhaben umsetzen sollen, dieses überhaupt leisten können, ist fraglich: Sie leiden unter dem Schattendasein, zu dem Entwicklungs-

politik generell verurteilt ist: In Sachen Entwicklungspolitik Engagierte vermögen nur in sehr begrenztem Umfang Droh- und Störpotential zu mobilisieren. In den Demokratien des Nordens sind die BewohnerInnen des Südens nicht stimmberechtigt, und ihre AnwältInnen in den „Wohlstandinseln“ der Industrieländer – Kirchen, Initiativgruppen, Menschenrechtsorganisationen – können an politische EntscheidungsträgerInnen und HaushaltsplanerInnen nur appellieren, sie aber nicht mit dem Hinweis auf massiven Protest und den drohenden Verlust von WählerInnenstimmen unter Druck setzen: Die Interessen der Menschen der Länder des Südens sind im politischen Kräftespiel der Staaten des Nordens artikulations- und organisationsschwach. Gegenüber den etablierten Besitzständen der besser organisierten, artikulationsstarken Interessen mit großem Mobilisierung- und Durchsetzungspotential haben die langfristigen Perspektiven der Entwicklungspolitik einen schweren Stand.

Auch die internationale Entwicklungshilfe, wie sie von internationalem Währungsfonds (IWF) und der Weltbank betrieben wird, ist hochproblematisch: Weltbank und IWF haben mit ihren Strukturanpassungsprogrammen in den vergangenen Jahrzehnten weitreichende soziale und ökologische Verheerungen angerichtet. Rund 22 Milliarden Dollar an Krediten bewilligt die Weltbank jedes Jahr, mehr als 300 Milliarden Dollar stecken in derzeit laufenden Programmen. Kreditvergabe für kostspielige Infrastrukturprojekte, vor allem im Straßen- und Staudambau, gehörte über viele Jahre hinweg zu den Hauptaktivitäten der Weltbank, und seit der Schuldenkrise in den achtziger Jahren zwingen Weltbank und IWF viele Staaten zu radikalen Sparprogrammen, die nun die staatlichen Versorgungsnetze zerreißen.

Für die nationale wie die internationale Ebene gilt, daß außen- und wirtschaftspolitische Interessen bei der Verteilung von Geldern dominieren: Gefördert werden vorrangig die „big deals“, die alles andere als sozial sind.

### **Lösungsversuche aus Kopenhagen**

Der von den Staats- und Regierungschefs ausgerufene „Kampf gegen die Armut“ wurde in Kopenhagen ansatzweise, wenn auch nicht verpflichtend, konkretisiert: Für die oben erwähnten Strukturanpassungsprogramme von IWF und Weltbank beispielsweise forderte der Gipfel nun die volle Integration sozialer Ziele, die Entschuldung Afrikas soll wieder intensiviert werden, eine Armutsberichterstattung in den Ländern des Nordens etabliert und die Umsetzung internationaler Arbeitsrecht-Konventionen besser überwacht werden.

Die vielleicht wichtigste Initiative wurde zur Enttäuschung der ärmsten Länder ohne jegliche Verpflichtung in die Dokumente aufgenommen: das 20/20-Prinzip. Es besagt, daß die Industriestaaten zumindest 20 % ihrer Entwicklungshilfe und die armen Länder wenigstens 20 % ihres Staatshaushalts für „grundlegende soziale Programme“ reservieren sollen. Darunter fallen Projekte zugunsten der Grundausbildung und des Basisgesundheitsdienstes, für Ernährung und Wasserversorgung sowie Kreditprogramme für die Ärmsten – Kleinstkredite von zehn oder zwanzig Dollar für Arme, die kommerziellen Banken keinerlei Sicherheit bieten können. Derzeit stellen die Entwicklungsländer im Durchschnitt nur zehn bis dreizehn Prozent ihrer Budgets und die Geberländer nur sieben bis zehn Prozent ihrer Hilfe für diese Zwecke zur Verfügung.

Nach UN-Berechnungen brächte die Verwirklichung dieses Prinzips weltweit 30-40 Milliarden Dollar zusätzlich für „Ausgaben mit Priorität für die Menschen“. Drei Viertel davon müßten die Entwicklungsländer selbst aufbringen. Bis zum Ende des Jahrzehnts wäre es mit Hilfe dieser Mittel möglich, die AnalphabetInnenrate, die Rate von unterernährten Kindern unter fünf Jahren und die Todesrate bei entbindenden Frauen zu halbieren. Die Säuglings- und Kindersterblichkeit ließe sich um ein Drittel reduzieren. Darüberhinaus könnten weltweit eine medizinische Grundversorgung und Dienste der Familienplanung bereitgestellt werden.

In Kopenhagen waren es vor allem Befürchtungen der Entwicklungsländer vor einer neuen Hilfe-Konditionalität sowie der Unwille zur Festlegung durch Länder wie Frankreich oder Großbritannien, die den 20/20-Vorschlag zu einer Empfehlung für freiwillige Vereinbarungen zwischen Ländern und Ländergruppen machte. Immerhin: Deutschland, das die 20/20-Initiative stark forcierte, kann jetzt zusammen mit anderen EU-Partnern und allen afrikanischen Ländern, die sich schon im Vorfeld der Konferenz zu diesem Ziel bekannt hatten, darauf hinarbeiten.

Ein weiterer Fortschritt im Kampf gegen die Armut ist zuletzt sicherlich die Aufwertung, die die NROs in Kopenhagen erfahren haben. Daß die NROs als Hoffnungsträgerinnen einer weniger von außenpolitischen und kommerziellen Interessen geleiteten und stärker partnerschaftlichen, armuts- und basisorientierten Entwicklungszusammenarbeit betrachtet werden, hat gute Gründe: Nur kleine, überschaubare Initiativen, an denen die einheimische Bevölkerung mitwirkt, bewähren sich. Dabei können Projekte mit Frauen im Bereich Gesundheitswesen, Geburtenkontrolle, landwirtschaftliche Selbsthilfe und politische Mit-

bestimmung an den Wurzeln gesellschaftlicher Problemlagen eher ansetzen als andere Projekte. Für die Durchführung solcher Programme sind NROs besser geeignet als staatliche Akteure, weil nur die NROs aufgrund ihrer Struktur und Arbeitsweise den Anforderungen einer erfolgversprechenden „Politik der kleinen Schritten“ gerecht werden können.

### **Die „Zivilgesellschaft“ als Heilsbringerin?**

Die NROs verstehen sich selbst als Bausteine einer zunehmend international vernetzten Zivilgesellschaft – und die wurde in Kopenhagen von offizieller Seite mit Lob geradezu überschüttet. 120mal fanden die NROs Erwähnung im „Aktionsprogramm“ und der „Erklärung“.

Problematisch ist daran, daß die StaatsvertreterInnen zu hoffen scheinen, das schwierige Geschäft mit der Sozialpolitik würden die NROs ihnen vielleicht abnehmen. Zu befürchten ist aber, daß der Staat, da wo er sich zurückzieht, nicht in erster Linie durch die Zivilgesellschaft ersetzt wird, sondern durch die Marktgesellschaft.

Sozialpolitik muß aber genuin staatliche Aufgabe bleiben. Der im Verlauf der letzten Jahre erlangte Zugewinn an Partizipation und Eigenständigkeit der Organisationen der zivilen Gesellschaft darf trotzdem nicht wieder verloren werden.

Die FAZ-Behauptung, daß alles Tagen und Beraten nichts gebracht habe, ist angesichts der hier skizzierten – wenn auch kleinen – Fortschritte kontraproduktiv. „Die Erklärungen von UN-Gipfeln sind keine völkerrechtlichen Verträge. Sie sind Produkte eines mühsam ausgehandelten Kompromisses (Konsensprinzip) innerhalb der Staatenwelt, deren Wert in ihrer politischen Bindewirkung und in ihrer Funktion als Berufungsbasis für politische und soziale Bewegungen liegt. Soziale Gerechtigkeit und globale Armut werden nicht durch Erklärungen beseitigt: Sie müssen von den Menschen und ihren Interessenvertretungen erkämpft und durchgesetzt werden.“<sup>2</sup>

Zum großen, umfassenden und beherrschenden Gespräch der Nationen gibt es keine Alternative.

Und die Themen Armut, Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit sind seit 1995 zumindest auf der internationalen politischen Agenda.

**Mathias Berner studiert Politik und Jura in Freiburg.**

#### **Anmerkungen:**

- 1 dokumentiert in der taz vom 10.3.95.
- 2 Deutsches NRO-Forum/Weltsozialgipfel: Vorläufiger gemeinsamer Bericht der deutschen NRO-Delegierten in der Regierungsdelegation, Kopenhagen, 11. März 1995.

## Von der Macht und Ohnmacht des Rechts

### IV. Republikanischer Anwaltstag vom 16.-18. Mai in Berlin

Als Aspekte des vorgenannten Oberthemas wird sich die Tagung mit folgenden Schwerpunkten befassen:

**Forum I:** DDR-Vita – Makel von Rechts wegen?

**Forum II:** Globalisierung der Märkte – Flexibilisierung der Arbeit – Deregulierung des Rechts?

**Forum III:** Das neue anwaltliche Berufsrecht: Bleibt von der Liberalisierung mehr als die Kommerzialisierung?

**Abschlußdiskussion:** Progressive Rechtspolitik – Mythos oder Realität?

Am Abend des ersten Tages wird der Adolf-Arndt-Preis an den türkisch-kurdischen Rechtsanwalt Mahmut Sakar verliehen werden.

Nähere Informationen (Programmfaltblatt) sind in der Geschäftsstelle des RAV erhältlich:

**RAV**  
Ellernstr. 13  
30175 Hannover  
Tel.: 0511 / 81 60 61  
Fax: 0511 / 81 37 69

(für Mitglieder des Verbandes sowie StudentInnen und ReferendarInnen wird eine Ermäßigung auf den TeilnehmerInnenbeitrag gewährt.)

Republikanischer  
Anwältinnen- und  
Anwälteverein e. V.

**RAV**

## Bundesweiter Studentischer Adressreader



Anschriften  
Telefon-,  
Fax- und  
E-Mail-Nr.  
Kontaktpersonen

Über 1111  
Adressen!

April 1996

Schreibtischversion (DIN A4)  
13 DM zzgl. 3 DM (Porto & Versand)

Pocketversion (DIN A 6)  
9 DM zzgl. 3 DM (Porto & Versand)

Diskette  
50 DM für StudentInnen-  
vertretungen (für andere 70 DM),  
zzgl. 5 DM (Porto & Versand)

Bezug:

AG Studentischer  
Adressreader

ASTa Universität  
Hannover  
Welfengarten 1  
30167 Hannover

☎ 0511-762 50 61

☎ 0511-717441

fzs

# SPW '96

Das Forum für die sozialdemokratische Linke  
und für den ökologisch-solidarischen Diskurs

Zeitschrift  
für  
Sozialistische  
Politik  
und  
Wirtschaft

*Geld und Macht*

*Frauen - Politik*

*Stadtentwicklung*

*Berufliche Bildung und Hochschule*

*Radikal-Reformerischer Neuanfang*

*Neue Gemeinwirtschaft*

*Zukunftsfähige*

*Entwicklung*

Ein kostenloses *spw*-Probeheft gibt es über:

*spw*-Verlag Telefon: 02 31/40 24 10

Fresienstraße 26 Fax: 02 31/40 24 16

D-44289 Dortmund e-mail: SPW-VERLAG@LINK-DO.soli.de